

Protokoll
der telefonischen Antragskonferenz zum Raumordnungsverfahren Ortsumgehung
Mönchhagen/Rövershagen am 22. April 2020

Leitung: Herr Dr. Janßen

Durchführung: Die Konferenz wurde in der Zeit von 9.00 bis 13.00 Uhr als rechnergestützte Telefonkonferenz durchgeführt. Die Teilnehmer konnten die gezeigten Präsentationen an ihren Bildschirmen verfolgen.

Teilnehmer:

Bürgermeister der Gemeinden

Frau Dr. Schöne, Rövershagen
Herr Peters, Mönchhagen
Herr Krüger, Bentwisch
Herr Labitzke, Gelbensande

Landesbehörden

Herr Fischer, Landesforst
Herr Kilian, Forstamt Billenhagen
Frau Schott, Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie

Kommunale Behörden

Frau Kasbohm, Landkreis Rostock, Umweltamt
Herr Krasemann, Frau Sambale, Stadt Rostock, Umweltamt
Herr Harmuth, Frau Stoll, Stadt Rostock, Stadtforstamt
Herr Kaatz (Amtsvorsteher), Herr Zerbe, Frau Patza, Amt Rostocker Heide

sonstige

Herr Höppner, IHK zu Rostock
Herr Rechtsanwalt Arp, für Karls Markt OHG

Gutachter

Herr Kusserow, Herr Feuerpfeil, Frau Steffen, Herr Boger, INROS-Lackner SE
Herr Dr. Thiele, Institut Biota

Straßenbauverwaltung

Herr Berger, Frau Koch, Straßenbauamt Schwerin, Projektgruppe Großprojekte
Herr Borowy, Frau Grünwald, Straßenbauamt Stralsund
Frau Sommerfeld, Frau Mahnke, Frau Schlottke, Frau Matzka, Herr Dr. Reiter, Landesamt für Straßenbau und Verkehr

Amt für Raumordnung und Landesplanung

Herr Dr. Janßen, Herr Plehn, Frau Fischer, Frau Klein

Grundlagen der Beratung

Grundlagen der Beratung waren der Vorschlag zum Untersuchungsrahmen vom Oktober 2019 (*Unterlage zur Antragskonferenz mit Karte zur Planungsraumanalyse, Schüßler-Plan im Auftrag des Straßenbauamtes Schwerin, 29.10.19*), die Zusammenfassung der schriftlich abgegebenen Stellungnahmen zum Untersuchungsrahmen (*Vorlage zur Antragskonferenz, Amt für Raumordnung und Landesplanung, 05.03.20*) sowie der überarbeitete Vorschlag zur Abgrenzung des Untersuchungsraumes (*Karte mit Begründung, Straßenbauamt Schwerin, 16.04.2020*)

Einführungsvorträge und Ablauf der Beratung

Herr Berger und Herr Dr. Janßen hielten zunächst kurze Einführungsvorträge zum Inhalt und Ablauf des Verfahrens. Herr Berger gab einen allgemeinen Überblick über den Planungsablauf bei Straßenbauvorhaben des Bundes, die Methodik der Trassenfindung und die Inhalte der Umweltuntersuchungen. Außerdem stellte Herr Berger die mit den Untersuchungen beauftragten Gutachter vor. Herr Dr. Janßen betonte den vorbereitenden Charakter der jetzt beginnenden Untersuchungen, die zunächst der Ermittlung einer Vorzugsvariante für die Linienbestimmung dienen. Die Unterlagen für das Raumordnungsverfahren sollen zur Mitte des Jahres 2022 fertig sein und werden dann öffentlich ausgelegt. Vor der förmlichen Auslegung sind öffentliche Informationsveranstaltungen zum Ablauf des Verfahrens (möglichst bald) und zu den möglichen Trassenführungen einer Ortsumgehung (voraussichtlich Anfang 2022) vorgesehen.

Zu den nachfolgend aufgeführten Themenbereichen war aus den schriftlichen Stellungnahmen zum Untersuchungsrahmen ein besonderer Diskussionsbedarf erkennbar geworden. Die Themen wurden nacheinander zur Erörterung aufgerufen. Herr Plehn gab dazu jeweils eine kurze Zusammenfassung der wesentlichen Hinweise und erklärte, wie diese in den weiteren Untersuchungen berücksichtigt werden sollen. Herr Berger, Frau Koch und Frau Schlottke machten ergänzende Ausführungen aus Sicht der Straßenbauverwaltung.

1. Rechtfertigung des Vorhabens

Herr Arp bemängelte die Fixierung der Untersuchungen auf eine straßenbauliche Lösung der Verkehrsprobleme. Änderungen im Mobilitätsverhalten der Bürger würden nicht berücksichtigt, die Potenziale des öffentlichen und des nichtmotorisierten Verkehrs nicht betrachtet. Lokale Verkehre müssten einbezogen werden. Es fehle an einem gesamträumlichen Verkehrskonzept, aus dem dann sinnvolle Ausbaumaßnahmen erst abgeleitet werden könnten. Herr Harmuth kritisierte, dass planerische Vorgaben des Bundes ungeprüft übernommen würden. Das Ergebnis des Verfahrens sei damit vorherbestimmt und eine unvoreingenommene Prüfung von Lösungsalternativen nicht möglich. Herr Berger und Herr Dr. Janßen verwiesen auf den rechtlichen Rahmen des Planungsverfahrens, der eine verkehrsträgerübergreifende Betrachtung von Lösungsalternativen nicht vorsieht. Die Ortsumgehung Mönchhagen-Rövershagen ist Bestandteil des Bundesverkehrswegeplans. Der Bedarf für eine straßenbauliche Lösung wurde vom Bund per Gesetz verbindlich festgestellt. Auch räumlich können die Untersuchungen nicht beliebig ausgedehnt werden, da im Raumordnungsverfahren ein konkret bestimmtes Vorhaben untersucht wird. Herr Plehn wies darauf hin, dass die parallel verlaufende Bahnstrecke insoweit berücksichtigt wird als ein perspektivischer Ausbau nicht durch den Bau einer Umgehungsstraße unmöglich gemacht werden soll. Herr Arp entgegnete,

dass er ein gesamträumliches, regionales Verkehrskonzept gleichwohl für erforderlich halte, und regte an, dass ein solches Konzept – wenn es im Rahmen des Raumordnungsverfahrens nicht vorgesehen ist – außerhalb dieses Verfahrens erarbeitet werden sollte.

2. Untersuchung von Nullvariante und Ausbauvariante

Frau Dr. Schöne kritisierte die gleichzeitige und gleichrangige Untersuchung von Ausbau- und Neubauvarianten im Rahmen des Raumordnungsverfahrens. Eigentlich müsse es ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft sein, dass zunächst Lösungen mit geringem baulichen Aufwand abschließend untersucht würden, bevor man mit der Planung einer teuren Neubautrasse beginne. Herr Berger verwies hierzu wiederum auf die Maßgaben des Bundes, die bei solchen Vorhaben eine bestimmte Planungsmethodik vorschreiben. Aus dem Planungsauftrag des Bundes ergebe sich, dass mögliche Neubaulösungen mindestens gleichrangig zu untersuchen sind. Herr Dr. Janßen betonte, dass alle Lösungsalternativen vorurteilsfrei untersucht und bewertet werden.

3. Abgrenzung des Untersuchungsraumes

Die Abgrenzung des Untersuchungsraumes bildete den Schwerpunkt der Beratung. Herr Plehn wies einleitend darauf hin, dass die Unterscheidung zwischen (a) dem Suchraum für mögliche Trassenalternativen einer Umgehungsstraße, (b) dem Raum möglicher Umweltauswirkungen dieser Alternativen und (c) dem Untersuchungsraum der verkehrlichen Auswirkungen einer Umgehungsstraße aus den bisherigen schriftlichen Erläuterungen der Straßenbauverwaltung nicht hinreichend erkennbar geworden ist. Zum Teil sei die vorgebrachte Kritik auf diese Unklarheit zurückzuführen. Dessen ungeachtet war die Abgrenzung des Raumes für die in diesem Frühjahr beginnenden umweltfachlichen Untersuchungen nochmals Gegenstand einer kontroversen Diskussion. Frau Schlottke erläuterte zunächst die überarbeitete Abgrenzung des Raumes für die umweltfachliche Untersuchung möglicher Trassenvarianten gemäß Vorschlag vom April 2020.

Herr Harmuth, Frau Stoll, Herr Fischer und Frau Kasbohm kritisierten die Ausweitung des Untersuchungsraumes in Richtung Gelbensande. Damit würden in erheblichem Umfang weitere Waldflächen sowie Bereiche im Landschaftsschutzgebiet einbezogen, ohne dass irgend ein Vorteil gegenüber der ursprünglich gewählten Abgrenzung erkennbar sei. Es wären alte Baumbestände betroffen, für die eine Genehmigung zur Umwandlung nicht in Aussicht gestellt werden könne. Im Übrigen dürfe bei der möglichen Inanspruchnahme von Wald nicht allein der ökologische Wert des unmittelbar betroffenen Baumbestandes maßgebend sein. Es müsse berücksichtigt werden, dass die Rostocker Heide das größte zusammenhängende Waldgebiet an der deutschen Ostseeküste ist und als solches einen Wert an sich darstelle.

Herr Krasemann fragte nach den Planungen zur Neugestaltung der Eisenbahnkreuzung in Gelbensande, welche in den schriftlichen Unterlagen des AfRL vom März 2020 als baulicher Zwangspunkt bezeichnet worden war. Frau Schlottke stellte klar, dass unter anderem diese (eigenständige) Planung ausschlaggebend dafür war, den Untersuchungsraum vor Gelbensande enden zu lassen. Es handle sich um einen Zwangspunkt im Sinne der Maximalausdehnung einer Ortsumgehung Mönchhagen/Rövershagen in Richtung Nordosten, womit jedoch nicht bereits festgelegt ist, dass die Ortsumgehung bis zu diesem Punkt geführt werden muss. Herr Berger führte ergänzend aus, dass bei der Einschleifung einer möglichen Umge-

hungsstraße auf die vorhandene Trasse der B 105 bestimmte Mindestanforderungen bezüglich der Kurvenradien eingehalten werden müssten. Diese Anforderungen ließen keine beliebige Wahl des Trassenendpunktes zu. Herr Krüger erwiderte, dass ihm dies nicht einleuchte. Hinter Gelbensande befinde sich eine größere waldfreie Fläche, die sich für die Einschleifung anbieten könnte. Die laufenden Planungen zur Neugestaltung der Bahnkreuzung sprächen eher dafür, diesen Bereich in den Untersuchungsraum einzubeziehen. Herr Dr. Janßen wies darauf hin, dass der Suchraum für mögliche Neubautrassen nicht beliebig ausgedehnt werden kann. Gegenstand des Verfahrens ist das im Bundesverkehrswegeplan enthaltene Vorhaben, welches der Entlastung der Ortsdurchfahrten Mönchhagen und Rövershagen dienen soll.

Herr Peters regte eine Erweiterung des Untersuchungsraumes nach Süden bis zur Autobahn 19 an. Anderenfalls könnten die bestehenden Verkehrsprobleme im Bereich des Knotens B 105/A 19 nicht gelöst werden. Frau Koch wies darauf hin, dass für den gesamten Abschnitt der B 105 von der A 19 bis Altheide Untersuchungen durchgeführt werden, die zum Teil im Zusammenhang mit der Planung der Ortsumgehung Mönchhagen/Rövershagen stehen, aber nicht Bestandteil dieses Vorhabens sind. Auch die vorhandene Ortsumgehung Bentwisch mit dem Anschluss an die Autobahn werde im Hinblick auf einen möglichen Ausbaubedarf untersucht. Herr Dr. Janßen erinnerte nochmals daran, dass differenziert werden muss zwischen dem (weiter gefassten) Betrachtungsraum der verkehrlichen Untersuchungen und dem (engeren) Suchraum für mögliche Trassen einer Ortsumgehung im Bereich Mönchhagen/Rövershagen.

Herr Krüger erklärte die von Frau Schlottke vorgestellte Erweiterung des Untersuchungsraumes für unzureichend. In Richtung Osten müssten zusätzlich Poppendorf, Vogtshagen, Behnkenhagen und Willershagen in den Untersuchungsraum einbezogen werden. Das im Regionalen Raumentwicklungsprogramm enthaltene Vorbehaltsgebiet für Gewerbe und Industrie bei Poppendorf dürfe kein Tabu für die Trassensuche sein, zumal dieses Gebiet auch verkehrlich angeschlossen werden müsse und die Ortsumgehung hierfür eine Option darstelle. Andere Beratungsteilnehmer äußerten sich in gleichem Sinne. Herr Berger wies darauf hin, dass eine mögliche Umgehungsstraße nicht zu lang werden darf, wenn sie ihren Zweck erfüllen und den Autofahrern einen spürbaren Zeitgewinn bringen soll. Frau Mahnke stellte fest, dass gleichwohl alle realistischen Alternativen in die Untersuchung einbezogen werden müssten. Aus Sicht der Planfeststellungsbehörde sei die Erweiterung des Suchraumes nach Osten erforderlich.

In einer Beratungspause wurde vom Straßenbauamt Schwerin eine vorläufige Neuabgrenzung skizziert, die im Osten des Untersuchungsraumes von Klein Kussewitz zum Waldgebiet nördlich Poppendorf und weiter nach Vogtshagen und Behnkenhagen verläuft. Diese Neuabgrenzung wurde den Konferenzteilnehmern vorgestellt.

4. Geplante Straße Seehafen—Poppendorf

Herr Peters stellte die Notwendigkeit einer neuen Ost-West-Straße in Frage. Es würden Orte und schutzwürdige Bereiche durchschnitten. Alternativ sollte geprüft werden, die Poppendorfer Industriegebiete direkt an die Autobahn anzubinden. Herr Plehn und Herr Dr. Janßen erklärten, dass es im Raumordnungsverfahren vorrangig darum gehen werde, die Option einer neuen Straße bezüglich der Anbindung an die B 105 offenzuhalten und geeignete Stellen für die Ausbildung von Knotenpunkten zu ermitteln.

5. Untersuchungsmethodik, einzelne Umweltbelange

Frau Dr. Schöne fragte, wie die Belange des Klimaschutzes in die Untersuchungen einbezogen werden. Herr Dr. Reiter erklärte dazu, dass für die zu untersuchenden Vorhabensalternativen eine Bilanz der voraussichtlichen Kohlendioxidemissionen berechnet wird.

Frau Kasbohm fragte nach den maßgebenden Richtlinien für die naturschutzfachlichen Voruntersuchungen. Herr Dr. Reiter informierte über den aktuellen Stand der Überarbeitung des Leitfadens für die landschaftspflegerische Begleitplanung bei Straßenbauvorhaben in Mecklenburg-Vorpommern. Es bestand jedoch Einigkeit, dass dieser neue Leitfaden erst für die spätere Entwurfsplanung maßgebend sein wird. Für die Stufe der Vorplanung bleiben das einschlägige Handbuch des Bundesverkehrsministeriums und das dazu erstellte Fachgutachten maßgebend.

Herr Dr. Reiter wies auf den Schutz von Fischottern und größeren Säugetieren hin. Es sei zu prüfen, ob bezüglich der Lebensraumsprüche dieser Tiere weitergehende Untersuchungen erforderlich werden könnten. Frau Koch sicherte zu, dieses Erfordernis zu prüfen.

Herr Krasemann fragte nach Schall- und Schadstoffuntersuchungen, über die in den vorliegenden Unterlagen keine Aussagen getroffen worden seien. Herr Berger erklärte, dass diese Untersuchungen bereits in Auftrag gegeben wurden, aber erst nach den faunistischen Erhebungen durchgeführt werden.

Festlegungen

1. Die in der Konferenz vorläufig skizzierte Erweiterung des Untersuchungsraumes wird vom Straßenbauamt Schwerin in Abstimmung mit dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr genauer ausgearbeitet und mit einer schriftlichen Erläuterung versehen, welche die Abgrenzung für alle Beteiligten nachvollziehbar macht.
2. Die vom Amt für Raumordnung und Landesplanung vorläufig formulierten Maßgaben zur Ausarbeitung der Verfahrensunterlagen (Seiten 10-12 in der Vorlage vom 05.03.20) werden entsprechend ergänzt.
3. Die Unterlagen gemäß (1) und (2) werden mit diesem Protokoll an die beteiligten Stellen versandt; den beteiligten Stellen werden anschließend nochmals zwei Wochen Zeit eingeräumt, um zur Neuabgrenzung des Untersuchungsraumes Stellung zu nehmen.

gez. Plehn
(SG 100)

bestätigt:

Dr. Janßen
Amtsleiter